

In der Stadt in der wir leben wollen...

... kennen Kinder Armut nur aus Geschichtsbüchern.

... gibt es keine BettlerInnen. Nicht, weil sie vertrieben wurden, sondern weil niemand es nötig hat zu betteln.

... gehört die Straße den Menschen und sie können darauf demonstrieren oder musizieren, ohne von der Polizei vertrieben zu werden!

In der Stadt in der wir leben gibt es überall Armut. Doch anstatt die Armut zu bekämpfen, werden die Armen bekämpft und alles unternommen, um die sichtbare Armut von der Straße zu entfernen. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Gesetze erlassen, welche die Verdrängung von Armut, von „unsittlichem Verhalten“, aber auch von politischer Betätigung und Kunst, aus der Öffentlichkeit als Ziel hatten. Argumentiert wurden diese Gesetze meist mit einem vermeintlichen Unwillen der Bevölkerung gegenüber solchen Aktivitäten. Dazu wurde in den Medien kräftig gehetzt und die Angst und die Abneigung der Menschen gegeneinander geschürt. So „entdeckten“ die BewohnerInnen der Inneren Stadt, dass die Straßenmusik zu laut war, die BewohnerInnen der Felberstraße, dass Prostituierte vor der Tür standen und ganz Wien wurde auf die Umtriebe der „internationalen Bettelmafia“ aufmerksam gemacht und das, obwohl es auf der Felberstraße seit Jahrzehnten einen Straßenstrich gab, StraßenkünstlerInnen die Innere Stadt schon seit Generationen belebten und in Wien sicher schon seit der Römerzeit gebettelt wird.

Die Verordnungen gegen „organisierte Bettelei“, gegen Straßenprostitution und gegen Straßenmusik reihen sich in eine Flut von repressiven Bundes- und Landesgesetzen ein, die in den letzten Jahren erlassen wurden. Als weitere Beispiele dienen die diversen Verschärfungen des Asylgesetzes, des Sicherheitspolizeigesetzes und des Strafrechts im allgemeinen (Stichwort: Mafiaparagraf). Das politische Ziel hinter all diesen Bemühungen ist eine schleichende Veränderung hin zu einer autoritären Gesellschaft. Dies scheint nötig zu sein um unser Wirtschaftssystem aufrecht zu halten, welches in einer immer tieferen Krise versinkt und damit automatisch immer mehr Elend produziert. Um soziale Proteste und eine Solidarisierung der 99% zu verhindern, werden die Straßen schrittweise gesäubert und jeder Widerstand kriminalisiert. „Ordnung“ und „Sicherheit“ sind und waren immer das Versprechen autoritärer Systeme.

Das Ziel der KPÖ ist es, eine freie und solidarische Gesellschaft zu errichten. Eine Gesellschaft in der die Grundbedürfnisse jedes Menschen gedeckt sind, wo gesellschaftlicher Aufstieg nicht auf Kosten der Mehrheit passiert und jedem Menschen möglich ist. Eine Gesellschaft in der die Armut der Menschen nicht versteckt werden muss, weil es keine Armut gibt und in der es weder Bettelei, noch Prostitution mehr geben muss. Für den Kommunismus! Luxus für alle!